



# HESSISCHER LANDTAG

06. 05. 2020

RTA

## Dringlicher Berichts Antrag

**Gerald Kummer (SPD), Heike Hofmann (Weiterstadt) (SPD),  
Karina Fissmann (SPD), Sabine Waschke (SPD) und Fraktion  
Handlungsfähige Justiz in Hessen während der Corona-Pandemie**

Die Corona-Pandemie stellt die hessische Justiz vor große Herausforderungen. Besonders in Krisenzeiten wie dieser ist jedoch ein funktionierender Rechtsstaat von großer Bedeutung. Er schafft Sicherheit und Stabilität. Um die Funktionsfähigkeit der Justiz in Hessen auch während der Krise zu sichern, müssen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der hessischen Justiz sowie alle Prozessbeteiligten bestmöglich vor einer Ansteckung mit dem Corona-Virus geschützt werden.

Die Landesregierung wird ersucht, im Rechtspolitischen Ausschuss (RTA) über folgenden Gegenstand zu berichten:

1. Hat das hessische Justizministerium einen Pandemie-Plan für die Justiz?
  - a) Wenn ja, von wann ist dieser und wie ist dieser ausgestaltet?
  - b) Falls ja, welche Maßnahmen werden daraus derzeit umgesetzt?
2. Wie sichert die Landesregierung während der Corona-Krise die Funktionsfähigkeit der Justiz in Hessen?
3. Wie wirkt sich die Corona-Pandemie auf die einzelnen Gerichtsverfahren, deren Abschluss bzw. Beendigung aus? (Bitte einzeln je nach Gerichtsbarkeit aufschlüsseln)
4. Mit welchen Folgen für laufende Verfahren rechnet die Landesregierung aufgrund der Corona-Krise?
5. Wie wird sich, nach Einschätzung der Landesregierung, die Corona-Krise auf die Verfahrensdauern insgesamt auswirken?
6. Während Richterinnen und Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte sowie Bedienstete des Justiz- und Maßregelvollzuges als systemrelevante Berufe eingestuft worden sind und somit Zugang zu Notbetreuung von Kindern erhalten, werden diese Unterstützungen Rechtspflegerinnen und Rechtspflegern sowie Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollziehern und auch Rechtsvertreterinnen und Rechtsvertretern in Hessen nicht gewährt. Warum nicht?  
Wie stellt die Landesregierungen dennoch sicher, dass angeordnete Strafen und Auflagen rechtmäßig erfüllt, bezahlt und angetreten werden?
7. Die Arbeitsbelastung der Rechtspflegerinnen und Rechtspflegern in Hessen war bereits vor der Corona-Krise in vielen Bereichen sehr hoch. Da sie nicht als systemrelevant eingestuft werden und keinen Zugang zur Notbetreuung erhalten, kommen nun noch Kinderbetreuung und Homeschooling auf das hohe Arbeitspensum oben drauf. Wie entlastet die Landesregierung derzeit diese Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter?
8. Mit welchen Maßnahmen schützt die Landesregierung derzeit die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des hessische Justizministeriums, der Gerichtsbarkeiten, der Staatsanwaltschaften und der Anwaltschaft vor einer Ansteckung mit dem Corona-Virus?

9. Wird Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Hessischen Justiz seit Beginn der Corona-Krise das Arbeiten von zuhause gestattet?  
Falls ja, wie vielen und welchen Personengruppen wird das Arbeiten von zuhause aus gestattet?
10. Sind diejenigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Hessischen Justiz, für die aufgrund ihrer Tätigkeit die Arbeit von Zuhause aus grundsätzlich in Frage kommt dafür auch technisch ausgestattet?  
Falls ja, welche technischen Geräte gehören zur Ausstattung?
11. Wie stellt die Landesregierung sicher, dass die Serverkapazitäten für das Arbeiten der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der hessischen Justiz von zuhause aus ausreichen?
12. Sind die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der hessischen Justiz aufgrund von fehlender Digitalisierung von Akten und der Möglichkeit, Akten digital zu bearbeiten, gezwungen, regelmäßig den Arbeitsplatz aufzusuchen?
13. Die Hessische Landesregierung fordert in einer Pressemitteilung, Anhörungen per Videokonferenztechnik zu ermöglichen.
- a) Bestehen hierfür bereits die technischen Voraussetzungen an den betroffenen Gerichten?  
Falls nicht, wann wird die Landesregierung sie schaffen?
- b) Erwägt die Landesregierung auch für öffentliche Gerichtsverfahren den Einsatz von Videokonferenztechnik während der Corona-Krise einzusetzen, damit die Öffentlichkeit daran teilnehmen kann?  
Falls nicht, warum nicht?
14. Welche Erkenntnisse hat das Hessische Ministerium der Justiz bislang aus der Krise gewonnen?  
Welche Konsequenzen im Bereich Digitalisierung und technische Ausstattung wird das Hessische Ministerium der Justiz daraus folgen lassen?

Wiesbaden, 4. Mai 2020

Die Fraktionsvorsitzende:  
**Nancy Faeser**

**Gerald Kummer**  
**Heike Hofmann (Weiterstadt)**  
**Karina Fissmann**  
**Sabine Waschke**